

Experten: Unterlagen weisen Lücken auf

Stadt lud zur Informationsveranstaltung rund um das geplante Industrie-Heizkraftwerk in Andernach – Erörterungstermin ist am Dienstag

Das geplante Industrie-Heizkraftwerk auf dem Andernacher Rasselstein-Gelände erregt die Gemüter der Neuwieder. Schließlich sind sie die Hauptleidtragenden der prognostizierten Schadstoffbelastung. Doch halten die von den künftigen Betreibern bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion eingereichten Unterlagen einer kritischen Bewertung stand? Das wurde auf einer Informationsveranstaltung diskutiert, zu der die Stadt wenige Tage vor dem Erörterungstermin eingeladen hatte.

NEUWIED. Nach gut zwei Stunden war den rund 60 interessierten Bürgern, die sich zur städtischen Informationsveranstaltung rund um das Industrie-Heizkraftwerk auf dem Andernacher Rasselstein-Gelände in der Volkshochschule eingefunden hatten, eines klar: Ohne umfassende Nachbesserungen im technischen Bereich ist die zumindest in Neuwied umstrittene Anlage nicht genehmigungsfähig. Dieses Fazit zogen die beiden Experten, die die Stadt Neuwied eingeladen hatte: der Berliner Rechtsanwalt Dr. Reiner Geu-

len und der Umwelttechniker Peter Gebhardt.

Eingangs dämpfte Oberbürgermeister Nikolaus Roth die Erwartungen: „Wir werden heute keine abschließende Bewertung vornehmen und auch nicht im Detail auf jede Frage erschöpfend antworten können.“ Vielmehr gehe es darum, zu eruieren, wo noch weiterer Untersuchungsbedarf bestehe.

60 Meter hoher Kamin

Bauamtsleiter Jörg Steuler stellte anschließend kurz die geplante Anlage vor, in der rund 160 000 Tonnen aufbereiteter Hausmüll sowie Klärschlamm und Altöle zur Gewinnung von Energie verbrannt werden sollen (die RZ berichtete mehrfach). Kernpunkt von Steulers Ausführungen:

die „nicht ausreichend bearbeitete“ Emissionsprognose der Betreiber. Demnach sind vor allem die Stadtteile Irlich und Feldkirchen sowie die Innenstadt Leidtragende der durch einen 60 Meter hohen Kamin ausgestoßenen Schadstoffe.

Daran knüpfte auch die Kritik von Dr. Geulen an den Unterlagen an: „Wir haben in unserer Einwendung gerügt, dass die Emissionen nicht exakt berechnet wurden. Die durch Inversionswetterlage und Talkesselage bestimmten atypischen Ausbreitungsbedingungen in Neuwied sind nicht in die Prognosen eingeflossen. So kann nicht gerechnet werden.“ Seiner Meinung nach sei der Standort jedenfalls „unmöglich“. Geulen wies darauf hin, dass

jetzt noch nicht der Zeitpunkt gekommen sei, an dem die Stadt entscheiden müsse, ob man gerichtlich gegen das geplante Kraftwerk vorgehen muss. Noch stünden Verfahrensfragen im Mittelpunkt. Für Geulen sind drei Szenarien denkbar: „Erstens: Das Vorhaben scheitert; zweitens: Der Betreiber bessert gehörig nach; drittens: Man sieht sich vor Gericht.“ Und da stünden die Chancen aufgrund der seiner Meinung nach „hoch defizitären Berechnungen“ des Antragstellers für Neuwied nicht schlecht.

Kritik an Rauchgasreinigung

Umwelttechniker Peter Gebhardt, Experte für Abfallverwertung, verdeutlichte zunächst die Funktionsweise eines Heizkraftwerks, um dann auf den prognostizierten Schadstoffausstoß zu sprechen zu kommen. Er machte zwar deutlich, dass die Andernacher Anlage die gesetzlichen Grenzwerte einhalte, meldete aber Zweifel an den Prognosen an und kritisierte vor allem die in Andernach zur Anwendung kommende Art der Rauchgasreinigung. Da beim Verbrennen der so

genannten Ersatzbrennstoffe zahlreiche Schwermetalle freigesetzt werden, sei die bislang geplante einwegige Reinigung nicht mehr neuester Stand der Technik. Er wies auf das Beispiel einer ähnlich konzipierten Anlage in Bielefeld hin, die fünf Stufen der Reinigung vorhält. Ergebnis dort: Die Grenzwerte werden deutlich unterschritten, weisen nur fünf bis 20 Prozent dessen aus, was der Gesetzgeber vorschreibt.

Gebhardts Vergleich zwischen der Andernacher und Bielefelder Anlage fiel eindrucksvoll aus: „Die Anträge für Andernach weisen im Vergleich zum Bielefelder Kraftwerk die 20-fache Belastung an Krebs erregenden Schwermetallen, Furanen und Dioxin aus.“ Sein Fazit daher: Die Zusatzbelastung sei nicht wie vom Betreiber geschildert unerheblich, sondern im Gegenteil gerade in toxikologischer Hinsicht „nicht akzeptabel“. Überhaupt könne man es nicht akzeptieren, wenn Anlagen nur aufgrund von Grenzwert unterschreitenden Zusatzbelastungen genehmigt würden. „Man muss auch die Werte für

die bereits herrschende Vorbelastung ermitteln. Die vorliegenden Genehmigungsunterlagen sind nicht so, dass die Anlage genehmigungsfähig ist. Sollte die Anlage trotzdem gebaut werden, müssten die Emissionen mindestens um das 15-fache gesenkt werden“, forderte Gebhardt unter dem Beifall der Zuhörer.

Standpunkte verdeutlicht

Eine rund 90-minütige Fragestunde schloss sich den Erläuterungen der Experten an. Diese nutzten die Vertreter mehrerer Neuwieder Bürgerinitiativen, um ihre Standpunkte – auch in Bezug auf bestehende und geplante Biomasse-Heizkraftwerke – zu verdeutlichen. Mit der Forderung sich auch weiterhin stark für möglichst schadstoffarme Luft einzusetzen, überreichten sie Dr. Geulen eine Flasche Leutesdorfer Wein.

Frank Blum

■ Der Erörterungstermin zum geplanten Industrieheizkraftwerk auf dem Andernacher Rasselstein-Gelände beginnt am Dienstag, 16. Mai, um 9 Uhr in der Andernacher Mittelrhein-Halle.

Demonstration in Andernach

NEUWIED/ANDERNACH. Mehrere Bürgerinitiativen aus Neuwied und Andernach, die den Bau des Industrie-Heizkraftwerks auf dem Rasselstein-Gelände verhindern wollen, rufen

zu einer Demonstration am Dienstag, 16. Mai, auf. Gegner der Anlage treffen sich um 8 Uhr, also eine Stunde vor dem Beginn der Erörterung, vor der Mittelrheinhalle.